

## Kleindeutsch und großdeutsch.

Von Ludo W. Hartmann.

Die Entstehung des österreichisch-habsburgischen Weltreiches hatte das ohnehin schon lockere Gefüge des mittelalterlichen Deutschen Reiches gesprengt. Die Landesfürstentümer errangen sich seit dem Dreißigjährigen Kriege die Souveränität, und das stärkste von ihnen, Preußen, wurde selbst im achtzehnten Jahrhundert, zur Zeit Friedrichs des Großen, zur europäischen Großmacht. Damit war, als das von Napoleon schon bezugene Deutsche Kaiserreich in den Befreiungskriegen als Deutscher Bund wieder auferstand, der Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen gegeben, der den deutschen Einheitsstaat in der europäischen Mitte unmöglich machte, solange das fürstliche Machtinteresse, das habsburgische wie das hohenzollerische, entscheidend blieb.

Als während der Stürme des Jahres 1848 auch in Deutschland die nationalen Wünsche wieder zu Worte kamen, boten sich logisch zwei Möglichkeiten der Lösung, um den Einheitsstaat zu begründen: die eine war die großdeutsche, welche über die Machtinteressen hinweg wirklich alle deutschen Länder in und unter einem Bundesstaat vereinigen wollte mit Einschluß der deutschen Provinzen Oesterreichs, wobei es dahingestellt blieb, in welches Verhältnis die übrigen habsburgischen Länder zu dem neu zu begründenden Deutschen Reiche zu treten hätten. Es war die demokratische Lösung der äußersten Linken des Frankfurter Parlaments, die in ihrem Programm verkündete: „Aus dem Rechte der freien Selbstbestimmung folgt, daß jeder Mensch, jede Gemeinde, jeder Einzelstaat, jede Nation die eigenen Angelegenheiten nach eigener Wahl entweder unmittelbar selbst oder mittelbar durch Beauftragte ordnen und besorgen kann. Die Achtung des Rechtes anderer bringt es mit sich, daß kein Mensch, keine Gemeinde, kein Einzelstaat, keine Nation andere unterdrücken, sich über sie erheben, sich in die eigentümlichen Angelegenheiten derselben mischen darf.“ Die Männer der anderen Lösung wollten den Knoten durchhauen, indem sie mit Berücksichtigung der fürstlichen Machtinteressen am Körper des Reiches eine Amputation durch Ablösung der deutschen Provinzen Oesterreichs vornehmen und dem verstümmelten Körper der Nation die preussische Spitze aufsetzen wollten. Diese kleindeutsche Lösung war eigentlich keine Lösung, sondern eine Umgehung des Problems. Aber die Revolution wurde durch die Fürsten gemeinsam niedergeworfen und so blieb alles beim alten, bis Bismarck das kleindeutsche Programm wieder aufnahm und es durch den Krieg von 1866 auch durchführte.

In diesem kleindeutschen Programm hat Bismarck seither unentwegt festgehalten und seine äußere Politik demgemäß gestaltet, indem er sich von landesfürstlichen und preussischen, nicht von demokratischen und nationalen Gesichtspunkten leiten ließ. Er schreibt in seinen „Gedanken und Erinnerungen“: „Neue Bildungen auf dieser Fläche (Oesterreich) könnten nur dauernd revolutionärer Natur sein. Deutsch-Oesterreich könnten wir weder ganz noch teilweise brauchen, eine Stärkung des preussischen Staates durch Erwerbung von Oesterreichisch-Schlesien und Stücken von Böhmen nicht gewinnen, eine Verschmelzung des deutschen Oesterreich mit Preußen würde nicht erfolgen, Wien als ein Zubehör von Berlin aus nicht zu regieren sein.“ Daher war sein Ziel die Erhaltung des alten undemokratischen und antinationalen Oesterreich und das Bündnis mit diesem Oesterreich, um es zu erhalten und aus ihm, aus seinen nichtdeutschen Bestandteilen eine Stütze des Deutschen Reiches zu machen.

Bismarcks außenpolitische Kombinationen, so großartig sie waren, waren doch bedingt und beschränkt durch seinen junkerlichen machtpolitischen Gesichtskreis. Das Schlagwort von der „Bindung der westslawischen Völker durch Oesterreich“, eigentlich eine Fortsetzung und Ausgestaltung der ungeligen Polenpolitik des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, war ein Ausfluß dieser Anschauungen und des Glaubens an die Möglichkeit, die Völker durch eine dynastische Vorherrschaft dauernd niederzuhalten. Es hat sich in diesem Kriege nicht bewährt und nicht bewähren können. Mit ihm ist die Bismarcksche kleindeutsche Außenpolitik zusammengebrochen, aus Gründen, die in ihr selbst lagen — mögen auch seine unfähigen Nachfolger zur Beschleunigung des Bankrotts beigetragen haben. Zugleich ist aber auch das neue demokratische Deutschland auf dem Wege, das den Grundsatz vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen aufgenommen und aus ihm jetzt seine Folgerungen zu ziehen hat.

Das Selbstbestimmungsrecht ist aber seit den neuesten Ereignissen auch in Oesterreich anerkannt und die sozialdemokratische Resolution hat aus ihm die richtige Folgerung gezogen, daß sich auch das deutsche Volk in Oesterreich vorbehält, über sein Verhältnis zum Deutschen Reiche selbst zu bestimmen.